



N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

19. Wahlperiode - 24. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. Mai 2019, 14 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peer Knöfler (CDU)

Vorsitzender

Tim Brockmann (CDU)

Tobias Loose (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Dr. Heiner Dunckel (SPD)

Martin Habersaat (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Frank Brodehl (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Weitere Abgeordnete

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzepts	4
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/1252	
2.	Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe öffnen	6
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1150 (neu)	
3.	Zeugnisse für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf	7
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1207	
4.	Bericht der Landesregierung über die Verteilung der Mittel, die im Rahmen des Bildungsbonus an sogenannte „Perspektivschulen“ vergeben werden sollen	8
	Berichts Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2370	
5.	Neuregelung der Sitzungsgelder und Reisekostenvergütungen für Mitglieder von Beiräten im Schulwesen	10
	Antrag der Fraktion der SPD Umdruck 19/2412	
6.	Bericht des Bildungsministeriums zur schriftlichen Abiturprüfung im Fach Mathematik	12
7.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, eröffnet die Sitzung um 14:10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Umsetzung des Landesgedenkstättenkonzepts

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 19/1252](#)

(überwiesen am 29. März 2019 zur abschließenden Beratung)

Kulturministerin Prien führt in den Bericht ein. Das Gedenkstättenkonzept werde umgesetzt und im Lande gut angenommen.

Herr Dr. Fouquet, Vorstandsvorsitzender der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, berichtet, man sei in die Hauptamtlichkeit eingestiegen, sodass mit Unterstützung des Ministeriums jetzt pädagogische Konzepte für die historischen, außerschulischen Lernorte entwickelt werden könnten (Kaltenkirchener Modell). Entscheidend sei unter anderem die Frage der Trägerschaft. Die Bürgerstiftung sollte in die Lage versetzt werden, Träger von Einrichtungen zu werden.

Herr Dr. Schmid, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung, beklagt, dass die Gedenkstätten als wachsender Bereich strukturell unterfinanziert seien. Es sei zu begrüßen, dass an den Gedenkstätten halbe hauptamtliche E-11-Stellen geschaffen worden seien. Das ehrenamtliche Engagement gehe zurück. Es müsse darum gehen, die Strukturen nachhaltig zu sichern.

Frau Körby, Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V., äußert sich in die gleiche Richtung. Es sei wichtig, eine dauerhafte institutionelle Förderung zu gewähren, die Frage der Trägerschaft zu lösen, personelle Ressourcen zu rekrutieren beziehungsweise zu sichern und die Kreise mit in die Verantwortung zu nehmen.

Die Ausschussmitglieder würdigen die Arbeit aller Beteiligten und stellen Nachfragen.

Herr Dr. Fouquet teilt mit, in diesem Jahr seien bisher 35 Schülerfahrten gefördert worden, vor allem nach Neuengamme.

Frau Körby spricht sich dafür aus, das Instrument der Abordnung von Lehrkräften auszuweiten, deren Aufgabe es sei, die Zusammenarbeit mit umliegenden Schulen zu fördern.

Ministerin Prien hebt die Bedeutung der Schülerfahrten hervor, die Haushaltsmittel seien allerdings begrenzt. Eine Weiterentwicklung verspreche sie sich von den Kreiskulturberatern, dem Gedenkstättenführer und der neuen Website der Bürgerstiftung. Sie bietet an, den Ausschuss zu gegebener Zeit über die Aktivitäten im Rahmen des Jahres der politischen Bildung zu unterrichten. Über Fragen der Abordnung von Lehrkräften, der Trägerschaft, der Bewerbung für das Bundesprogramm „Jugend erinnert“ und der personellen Unterstützung der Bürgerstiftung sei man im Gespräch. Neben dem Land stünden auch Kommunen und Kreise in der Verantwortung für die Gedenkstätten.

Der Ausschuss nimmt [Drucksache 19/1252](#) abschließend zur Kenntnis.

2. Diskussionsprozess zur Neugestaltung der Oberstufe öffnen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1150](#) (neu)

(überwiesen am 25. Januar 2019; Fortsetzung der Beratung vom 31.
Januar 2019)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf Bitten der Koalition vertagt.

3. Zeugnisse für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/1207](#)

(überwiesen am 13. Februar 2019)

hierzu: [Umdrucke 19/2132](#), [19/2204](#), [19/2212](#), [19/2219](#), [19/2237](#),
[19/2239](#), [19/2241](#), [19/2249](#), [19/2260](#), [19/2261](#),
[19/2267](#), [19/2270](#), [19/2279](#), [19/2287](#), [19/2291](#)

Auch dieser Tagesordnungspunkt wird auf Bitten der Koalition vertagt.

4. Bericht der Landesregierung über die Verteilung der Mittel, die im Rahmen des Bildungsbonus an sogenannte „Perspektivschulen“ vergeben werden sollen

Berichts Antrag der Fraktion der SPD
[Umdruck 19/2370](#)

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke berichtet, da in Schleswig-Holstein bislang kein landesweiter Index zur sozialräumlichen Einordnung der Schulen vorliege, sei das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beauftragt worden, erstmals einen schulbezogenen PerspektivSchulindex für Schleswig-Holstein zu erarbeiten. Im Rahmen der Entwicklung eines schulartspezifischen Sozialindexes für die allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein habe das IPN im ersten Schritt Informationen folgender Bereiche einbezogen: sonderpädagogische Förderbedarfe/Behinderung, Migrationshintergrund, Klassenwiederholungen beziehungsweise Nichtbestehen von Abschlussprüfungen, Ergebnisse in den Vergleichsarbeiten (Mathematik, Deutsch, Englisch), Ergebnisse in den zentralen Abschlussprüfungen (ESA, MSA, Abitur).

Die Daten seien dem IPN aggregiert und anonymisiert zur Verfügung gestellt worden. Die Ableitung des Indexwertes erfolge im Wege der sogenannten Hauptkomponentenanalyse, wobei das Gewicht der einzelnen Faktoren beispielsweise auch unter Berücksichtigung der Schulgröße berücksichtigt worden sei. Konkret seien alle Variablen für den Sozialindex berücksichtigt worden, deren Faktorladung auf der ersten Hauptkomponente größer als 25 gewesen sei. Schulen mit sehr wenig Schülerinnen und Schülern seien aus Gründen des Datenschutzes ausgenommen worden.

Im Ergebnis zeige sich, dass sich die ersten zehn Grundschulen, die Grund- und Gemeinschaftsschulen sowie die Gemeinschaftsschulen von den anderen Schulen erkennbar abheben und ein Beginn der Förderung bei diesen 20 Schulen gerechtfertigt sei. Die Schulaufsichten hätten die Ergebnisse grundsätzlich bestätigt; die betroffenen Schulleitungen fühlten sich wahrgenommen und ernst genommen. Die wissenschaftliche Untersuchung werde fortgesetzt, indem eine repräsentative Elternbefragung durch das IPN auf den Weg gebracht werde. Nachdem die Verwendung von Sozialraumdaten nach einem landesweit einheitlichen Muster (zum Beispiel Zahl der Empfänger von Bildungs- und Teilhabeleistungen) aus Datenschutzgründen bisher nicht möglich gewesen sei, werde das Ministerium prüfen, ob es über die Erkenntnisse aus den Elternbefragungen hinaus Möglichkeiten gebe, dem IPN für die Fortsetzung der wissenschaftlichen Untersuchung weitere Daten zur Verfügung zu stellen.

Auf Fragen aus dem Ausschuss sagt sie zu, diesem die Handreichung zur Unterstützung von PerspektivSchulen zuzuleiten. Ziel sei auch, gemeinsam mit den Schulträgern in der Region etwas für die Schulen zu tun, indem Schulen mit den PerspektivSchulen kooperierten und Netzwerke entstünden.

Herr Stäcker, Leiter des Referats Grundschulen und Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe im Bildungsministerium, setzt darauf, gemeinsam mit den Schulträgern quartiersbezogen zu denken und an der Weiterentwicklung der Quartiere nicht nur bildungspolitisch, sondern auch städteplanerisch in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten zu arbeiten.

Bildungsministerin Prien macht darauf aufmerksam, dass das Instrument der Perspektiv-Schulen in den nächsten Jahren weiterentwickelt und in drei Phasen evaluiert werde. Die positive Entwicklung einer Schule könne dazu führen, dass sie nicht mehr wesentlich anders behandelt werde als andere Schulen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5. Neuregelung der Sitzungsgelder und Reisekostenvergütungen für Mitglieder von Beiräten im Schulwesen

Antrag der Fraktion der SPD

[Umdruck 19/2412](#)

Ministerin Prien berichtet, nach intensiven Gesprächen mit den Landeselternbeiräten habe man deren Kernforderungen in der neuen Beiratsentschädigungsverordnung aufgenommen und sei bei der Verbesserung an die Grenzen dessen gegangen, was das Schulgesetz zulasse.

Herr Peters, Leiter des Schulrechtsreferats im Bildungsministerium, erläutert, nach der Verordnungsermächtigung für die Beiratsentschädigungsverordnung (§§ 75 und 76 Schulgesetz) könnten die Kreis- und Landeselternbeiräte sowie deren Vorstände Reisekostenvergütung und Sitzungsgeld erhalten; Kinderbetreuungskosten oder Dienstausfall könnten nach dem geltenden Schulgesetz nicht berücksichtigt werden.

Die Kernforderungen der Landeselternbeiräte habe man aufgenommen: Für Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der Vorsitzenden der Landeselternbeiräte würden bei einer begleitenden Teilnahme Reisekostenvergütung und Sitzungsgeld für bis zu zwei weitere Mitglieder des Vorstands gewährt. Für Reisen werde eine Reisekostenvergütung für ein weiteres Vorstandsmitglied auch dann gewährt, wenn die Reise nicht aus Gründen der Stellvertretung erfolge. Für Reisen könne im begründeten Einzelfall auch eine Reisekostenvergütung für ein Mitglied des Landeselternbeirats gewährt werden, das anstelle eines Vorstandsmitglieds oder als Begleitung die Reise vornehme. Auch für Gespräche oder Veranstaltungen des Bildungsministeriums würden Reisekostenvergütung und Sitzungsgeld gezahlt.

Abg. Waldinger-Thiering spricht sich dafür aus, das Schulgesetz so zu ändern, dass den weitergehenden Forderungen der Landeselternbeiräte entsprochen werden könne, um ehrenamtliches Engagement zu unterstützen.

Abg. Habersaat hinterfragt die Formulierung in der gemeinsamen Presseerklärung der Landeselternbeiräte vom 29. April 2019, „dass diese Verordnung einen sachgerechten Abfluss der Mittel an die EV verhindert“. Außerdem setzt er sich dafür ein, dass die Sitzungsgelder für die Kreiselternbeiräte erhöht würden.

Abg. Loose legt Wert auf die Feststellung, dass zu dem Thema ein ausführlicher Dialog geführt worden sei, der zu einer erheblichen Verbesserung für das Ehrenamt geführt habe.

Auch Abg. Strehlau würdigt, dass es gelungen sei, die Entschädigungstatbestände zu erweitern. Inwieweit man das Thema Kinderbetreuungskosten bei einer möglichen Schulgesetzänderung aufgreifen könne, werde man prüfen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

6. Bericht des Bildungsministeriums zur schriftlichen Abiturprüfung im Fach Mathematik

Herr Dr. Niemann, stellvertretender Leiter des Referats Gymnasien im Bildungsministerium, erläutert das Verfahren zur Abiturprüfung im Fach Mathematik. Eine achtköpfige Kommission für das Zentralabitur Mathematik wähle ein Jahr vorher Aufgaben aus dem Pool der KMK und ergänze sie durch landeseigene Aufgaben. Das Aufgabenset, das die Schulen erhielten, bestehe aus drei gleich gewichteten Teilen: einem hilfsmittelfreien Aufgabenteil aus acht Aufgaben zu allen drei Sachgebieten (Analysis, Geometrie, Stochastik), die von allen Prüflingen zu bearbeiten seien, zwei Komplexaufgaben zur Analysis, von denen die Lehrkräfte der einzelnen Schulen eine Aufgabe auswählten, und einer Komplexaufgabe Geometrie oder einer Komplexaufgabe Stochastik, von denen die Schülerinnen und Schüler eine Aufgabe auswählten. Bislang sei die Situation in Schleswig-Holstein unaufgeregt und gebe keinen Anlass zur Sorge. Im hilfsmittelfreien Teil stammten fünf Aufgaben aus dem IQB-Pool, von sechs zur Wahl stehenden Komplexaufgaben stammten vier aus dem länderübergreifenden Aufgabenpool.

Auf Fragen aus dem Ausschuss teilt Ministerin Prien mit, in Bayern werde eine Online-Petition von knapp 70.000 Personen unterstützt, in Berlin gebe es bis zu sechs Petitionen mit 7.800 Mitzeichnungen, in Hamburg eine Petition mit 5.000 Mitzeichnungen, in Schleswig-Holstein drei Petitionen mit 2.800 Mitzeichnungen. Man habe bisher allerdings keine Anhaltspunkte dafür, dass man es mit einem evidenten Fall von inhaltlicher oder zeitlicher Überforderung zu tun habe. Die Ministerin bekräftigt den Anspruch, den Anteil gemeinsamer Aufgaben aus Gründen der Transparenz und Vergleichbarkeit sukzessive zu erhöhen. Beim MSA in Mathematik wiesen das Übungsheft und die Arbeit einen sehr hohen Deckungsgrad auf. Man arbeite daran, die Qualität der Vorbereitung auf den MSA im Fach Mathematik zu verbessern.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die genannten Petitionen über die Internetplattform openPetition und nicht bei den Parlamenten eingereicht worden seien.

Abg. Klahn hält es für wichtig und richtig, im Matheabitur Leistung zu verlangen und die Schülerinnen und Schüler während ihrer gesamten Schulzeit angemessen darauf vorzubereiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

7. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- 16. Mai, 9:50 Uhr (Gesetzentwurf Besoldung Grundschullehrkräfte)
- 13. Juni, 14 Uhr (Exzellenzantrag der CAU, Anhörung Besoldung Grundschullehrkräfte)
- 27. Juni, 10 Uhr, gemeinsame Sitzung mit Finanzausschuss und Sozialausschuss (wirtschaftliche Lage des UKSH, Kennzahlen zum Lehrkräfteeinsatz) (während der Kieler Woche)
- 15. August, 14 Uhr, reguläre Sitzung
- 8. bis 15. September, Informationsreise nach Toronto (Kanada)
- 24. Oktober, 11 Uhr Haushaltsberatungen mit Finanzausschuss,
14 Uhr reguläre Sitzung
- 28. November, 14 Uhr, reguläre Sitzung
- 5. Dezember, 14 Uhr, reguläre Sitzung

Der Vorsitzende, Abg. Knöfler, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

gez. Peer Knöfler
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer